UOKG
UNION DER OPFERVERBÄNDE KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.

Newsletter 2/2 2021

Erwartungen an die neue Bundesregierung

Blick von der MfS-Zentrale gen Westen Foto: UOKG

Liebe Mitglieder, liebe Leser und Leserinnen, unsere Erwartungen an die neue Bundesregierung sind im Grunde die gleichen, wie an die alte Bundesregierung und alle Bundesregierungen nach dem Fall der Mauer vorher, nämlich den Opfern von SED und Kommunismus Gerechtigkeit zuteil werden lassen!

Wir haben allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien unsere Wahlprüfsteine zugesandt. Diese und die entsprechenden Antworten der jeweiligen Parteien können Sie auf unserer Homepage nachlesen. Den drei Parteien, die sich derzeit in Koalitionsgesprächen befinden, haben wir nochmal explizit auf die Beachtung ihrer Zusagen in diesen Gesprächen und für einen möglichen Koalitionsvertrag hingewiesen. An dieser Stelle sei angemerkt, dass wir seitens von einer Oppositionsfraktion, der AfD, nie eine Rückmeldung auf unsere Anfragen erhalten haben, auch nicht auf unsere Wahlprüfsteine. Auch die Novellierung der Rehabilitierungsgesetze vor zwei Jahren, die doch in einigen Bereichen die Situation der Opfer von SED und Kommunismus verbessert haben, wurden von der AfD sämtlich abgelehnt, die Linke hatte sich jeweils enthalten.

Wir haben unseren Gesprächspartnern im Deutschen Bundestag, die wieder gewählt wurden gratuliert und angekündigt, dass wir unmittelbar nach Bildung der neuen Bundesregierung die Arbeit fortsetzen werden. Unsere Arbeit ist ein wenig erleichtert worden durch die Berufung von Evelyn Zupke in das Amt der Beauftragten des Deutschen Bundestages für die Opfer der SED-Diktatur. Wir arbeiten mit Frau Zupke konstruktiv und abgestimmt zusammen. Ich bin daher guter Hoffnung, dass wir in den noch ungelösten Aufgaben, die uns alle bewegen, in den nächsten ein bis zwei Jahren ein gutes Stück weiter kommen.

Herzlichst, Ihr Dieter Dombrowski

Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht

Der Ostbeauftragte, Marco Wanderwitz, stellt 2,4 Millionen Euro für das Verbundprojekt „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“ an dem die Universitäten Magdeburg, Jena, Leipzig und Rostock beteiligt sind, zur Verfügung. Geplant sind zwölf Teilprojekte, die etwa Folgen von Überwachung, Verhören, Zersetzungsmaßnahmen und staatlichem Doping untersuchen. Ziel der Forschung ist es, den Opfern, die auch nach über 30 Jahren seit dem Ende des SED-Regimes seelisch und körperlich leiden, in Zukunft besser helfen zu können. Am 3. November 2021 fand nun die Kick-off-Veranstaltung in Magdeburg mit vielen Beteiligten statt. (BB)

Gruppenfoto am 3. November u.a. mit Evelyn Zupke, fast allen Landesbeauftragten, Dieter Dombrowski und den Verantwortlichen vier Professoren. Foto: Nico Schneider

Aufschrei? Fehlanzeige!

Auch in Mecklenburg-Vorpommern wurde im September gewählt. Das Ergebnis ist bekannt, SPD und DIE LINKEN verhandeln derzeit über einen Koalitionsvertrag. Auf Seiten der Linken verhandelt unter anderem der Landesvorsitzende Torsten Koplin. Koplin (*1962) war von 1981 bis 1984 beim Wachregiment „Feliks Dzierzynski“ im aktiven Wehrdienst. 1987 erklärte er sich bereit für die Stasi zu spitzeln und wurde dort als IM „Martin“ gelistet. Zu dieser Zeit war er Sekretär für Kultur und Sport in der FDJ-Kreisleitung Neubrandenburg. Koplin erarbeitete für das MfS unter anderem Informationen zu mehreren Personen, die vom Staatssicherheitsdienst in Operativen Personenkontrollen (OPK) bearbeitet wurden. 1988 schätzte der Führungsoffizier die Zusammenarbeit als effektiv ein, Koplin sei in seinen Berichten offen und ehrlich. Abschließend gelangte 2017 die Kommission des Landtages MV gemäß § 48 Abgeordnetengesetz zu der Feststellung, dass Herr Koplin sowohl hauptamtlich als auch inoffiziell für das MfS der DDR tätig war.

Dazu Dombrowski: „An die Politik werden zu Recht hohe Anforderungen gestellt. Eine umfangreiche Stasitätigkeit ist keine Grundlage für eine ehrliche Politik. Vertrauen kann man nicht auf Lügen aufbauen.“ (BB)

Berichte

Verbändetreffen

Am 21. August 2021 konnte die UOKG nach über eineinhalb Jahren Pause endlich wieder ein Verbändetreffen durchführen. Zunächst berichtete Florian Mausbach, Mitinitiator des Freiheits- und Einheitsdenkmals, mit einem sehr lebhaften Vortragsstils über Beeinträchtigungen des Freiheits- und Einheitsdenkmals durch Planungen des Berliner Senats. Die Verbände einigten sich in der Folge auf ein gemeinsames Schreiben an den Regierenden Bürgermeister und an das BKM, um den Beeinträchtigungen entgegenzuwirken.

Florian Mausbach am Podium. Foto: UOKG

Danach kam es zu den Berichten aus den Verbänden, wovon nach so langer Zeit auch zahlreiche Verbände Gebrauch machten. Bevor es zu der nichtöffentlichen Mitgliederversammlung kam, informierten der Rechtsanwalt Prof. Dr. Weberling und sein Team über die Bedeutung des Forschungsprojektes „Rechtsfolgen der politischen Verfolgung im vereinigten Deutschland“ für die Opfer und Opferverbände, welches Teil des Projektes Landschaften der Verfolgung ist. (BB)

Blick in den Saal vom Haus 22 auf dem Campus für Demokratie. Foto: UOKG

Festakt 30 Jahre UOKG

Am 27. August hat die UOKG ihr 30-jähriges Bestehen mit einem Festakt auf dem Gelände der ehemaligen Stasizentrale, heute Campus für Demokratie, begangen. Eingeleitet wurde die Veranstaltung mit einem Gedicht von Edeltraud Eckert, vorgetragen von Prof. Ines Geipel. Die Begrüßung erfolgte durch den neuen Hausherren Prof. Michael Hollmann, dem Präsidenten des Bundesarchivs. Den ersten Part an Grußworten hielten die Staatministerin für Kultur und Medien, Prof. Monika Grütters MdB, die alle Beteiligten dazu aufrief, Handlungsspielräume, die uns verbleiben, zu erkennen und eine hin und wieder festzustellende Lethargie zu überwinden. In Vertretung für den Regierenden Bürgermeister, Dr. Klaus Lederer, Senator für Kultur und Medien, der ermunterte - nach Aufzählung gemeinsamer Projekte - miteinander im Gespräch zu bleiben. Und zuletzt der Ostbeauftragte Marco Wanderwitz MdB, der unter anderem auf die beängstigende Tatsache hinwies, dass es in Sachsen wieder Demonstrationen für die FDJ gäbe. Sodann kam es zu der Festrede, die direkt von Dieter Dombrowski gehalten wurde, bei der es ihm insbesondere wichtig war, seine Vorgänger zu würdigen und auf noch offene Baustellen wie Zwangsaussiedlung, Zwangsarbeit oder Zwangsadoption hinwies (nachzulesen auf www.uokg.de). Der zweite Teil der Grußworte bestand aus Evelyn Zupke, Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur, die einen gesamtdeutschen Härtefallfonds und Beratungsstellen im Westen forderte. Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung, sprach sich eindringlich dafür aus, dass die Schulen der erste Ort bleiben müssten, an dem Wissen über die DDR-Diktatur vermittelt werden müsse. Dieses Thema stehe zwar in allen Lehrplänen, aber deshalb sei es noch lange nicht überall Gegenstand des Unterrichts. Zuletzt sprach Tom Sello, Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der bekräftigte, dass es in den alten Bundesländern an einer flächendeckenden Beratung fehle. Zudem erinnerte er würdigend an die leider im Mai verstorbene Carola Schulze, langjährige Beraterin der UOKG. Roland Jahn wurde für sein Engagement für die Belange der SED-Opfer mit der Goldenen Nadel der UOKG geehrt. Zum Abschluss wurde dem Publikum der Film „30 Jahre UOKG“ gezeigt. Auch über die prominente Rednerliste hinaus waren große Teile der „Aufarbeitungsszene“ vertreten und sprachen im Nachgang von einem würdigen Jubiläum. (BB)

Evelyn Zupke bei ihrem Grußwort am Veranstaltungsort im Haus 22. Foto: Bundesarchiv

Roland Jahn, der sich sichtlich über die Ehrung freute. Foto: Bundesarchiv

Berichte

„Nach 30 Jahren das Schweigen brechen“

Der mit über 110 Personen gut gefüllte Saal des Bürgergartens bei dem Grußwort des Oberbürgermeisters. Foto: Fresia Photograhy

So lautete der Titel des ersten Bundeskongresses politisch verfolgter Frauen in der SBZ/DDR, der vom 6. bis 8. August 2021 in Stollberg/Erzgebirge stattfand. Da der Kongress coronabedingt zweimal verschoben werden musste, war die Freude über das dreitägige Zusammentreffen umso größer.

Nachdem in kleiner Runde am Gedenkstein in Hoheneck der zahlreichen weiblichen Opfer mit mehreren Kränzen und einer Schweigeminute gedacht wurde, füllte sich bereits der Saal des Bürgergartens und der Frauenkongress wurde mit den Grußworten eröffnet. Unter anderem sprachen die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke und der Oberbürgermeister der Stadt Stollberg Marcel Schmidt. Zur Einführung in die Thematik veranschaulichte die Filmemacherin Alexandra Pohlmeier dem Publikum anhand ihres Filmes „Druckmittel Kind!“ die schmerzvollen Erfahrungen der inhaftierten Mütter.

Am Samstag konnten sich die Teilnehmenden insgesamt acht Fachvorträge anhören. Beschäftigten sich die ersten vier Vorträge eher mit dem Erlebten an sich anhand zahlreicher exemplarischer Geschichten von Zeitzeuginnen, widmete sich die zweite Hälfte der Vorträge den mannigfaltigen Auswirkungen des Erlebten bis in die Gegenwart. Zeitgleich konnten die Gäste an einer der drei Führungen durch die sich im Aufbau befindliche Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck teilnehmen.

Einen angemessenen Ausklang bildete der sonntägliche Gottesdienst im Gedenken an die Frauen als Opfer politischer Repression mit Pfarrer Matthias Müller in der St-Jakobi-Kirche. Als Ergebnis wurden die Forderungen der Frauen an die heutige Politik und Gesellschaft mit der Resolution „Das Schweigen brechen – den Opfern helfen“ formuliert und verabschiedet. (Sandra Czech)

Gruppenfoto mit einem Teil der Teilnehmerinnen, zum Großteil ehemalige Hoheneckerinnen. Foto: UOKG

60 Jahre Mauerbau

Der 60. Jahrestag des Mauerbaus am 13. August 2021 bekam große mediale Aufmerksamkeit. So übertrug das ZDF live die zentrale Gedenkveranstaltung des Bundes an der Gedenkstätte Bernauer Straße, an der u.a. der Bundespräsident eine Rede hielt. Auch Dieter Dombrowski kam in dieser Liveschalte zu Wort. Er hielt die Ansprache direkt vor der Kranzniederlegung, wobei er explizit daran erinnerte, dass an diesem Tag nicht nur den Getöteten und Verletzten an Mauer und Stacheldraht, gedacht wird, sondern auch derer, die in vielfältiger Weise unter dem SED-Regime gelitten haben und auch heute noch leiden.

Links Maria Nooke, rechts Dieter Dombrowski bei der Kranzniederlegung am Wachturm in Hohen Neuendorf. Foto: UOKG

Am Abend richtete das Land Brandenburg ihre zentrale Gedenkfeier am Grenzturm in Hohen Neuendorf aus. Unter Beteiligung der Ministerpräsidenten von Berlin und Brandenburg und Herrn Dombrowski wurden dabei alle Namen derjenigen verlesen, welche auf dem heutigen Gebiet von Berlin und Brandenburg an der Mauer um Leben kamen. Hier übertrug der RBB live. Für jede und jeden Einzelne/en war ein leerer Stuhl versehen und Schüler/innen trugen dann den ein Schild des jeweils vorgelesenen Namens auf einen der leeren Stühle um diese symbolisch zu füllen. Eine wirklich sehr gelungene Idee des Teams um Maria Nooke, Brandenburgs Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur. (BB)

Abschied

Der Grabstein auf dem Kirchhof in Reidt. Foto: Christian Fuchs

Mit Bedauern müssen wir Ihnen mitteilen, dass unser langjähriger Schatzmeister Herr Ewald Ott, am 13. September 2021 im Alter von 89 Jahren verstorben ist. Herr Ott war stets aufrichtig und wurde von allen im Verein sehr geschätzt. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie und seinen Freunden. (BB)

Aus den Verbänden

Gedenken 17. Juni

Seit 1954 gedenkt die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS), zusammen mit dem Bezirksamt von Berlin Charlottenburg/Wilmersdorf der Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 am Mahnmal für die Opfer am Steinplatz in Berlin.
Auch in diesem Jahr war eine rege Teilnahme zu verzeichnen. Es sprachen der Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann und die Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung, Frau Dr. Anna Kaminsky. Nach ihrer Vereidigung zur Beauftragten für die Opfer der SED-Diktatur im Deutschen Bundestag, kam die gerade berufene, Frau Evelyn Zupke zu dieser Veranstaltung.
(Hugo Diederich)

Hugo Diederich mit Evelyn Zupke. Foto: VOS

Tost: 30 lat pracy zespołowej

Die deutsche Minderheit von Tost feierte ihren 30sten Vereinsgeburtstag – mit sieben Ehrengästen aus Deutschland— eingeleitet von einem festlichen Gottesdienst in der herrlichen Barbarakirche u.a. mit dem brillanten 18-jährigen Geiger und Penderecki-Stipendiat Dominik Sowa. Wir besuchten gemeinsam das ehemalige Gefängnis und die Gedenkstätte für unsere Toten. Zuletzt fand in der Eichendorff-Burg eine bunte Party statt mit Blaskapelle, Reden, Geburtstagstorte und guten Gesprächen. Antoine de Saint-Exupéry lässt uns in DER KLEINE PRINZ wissen: „Man sieht nur mit dem Herzen gut."

Unsere Toster Freunde tun das: Mit dem Herzen sehen!
Nächste Gedenkfahrt/-feier 10. bis 12. Juni 2022.
Anmeldung bei:
Sybille Krägel
I.G. NKWD-Lager Tost 1945/ Oberschlesien
04053320599; kraegel@uokg.de
(Sybille Krägel)

Sybille Krägel, dritte von links und die weiteren Ehrengäste aus Deutschland. Bild: Magdalena Ermlich, stellv. Landesbeauftragte Sachsen

Halle-Forum 2021

Das diesjährige Halle-Forum beschäftigte sich mit den Folgen sowie der Aufarbeitung und der Rehabilitierung von Zersetzungsmaßnahmen durch die Staatssicherheit. Dem Publikum wurden die Methoden und Auswirkungen anhand von Fachvorträgen erläutert und insbesondere das „Nichtwissen" der Opfer und deren mögliche Retraumatisierung bei der seit 2019 möglichen Antragstellung (vgl. § 1a Abs. 2 Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz) für eine Einmalzahlung i.H.v. 1.500 € thematisiert. (Sandra Czech)

Am Rednerpult Dr. Sandra Pingel-Schliemann Foto: Sandra Czech

Speziallager

Auch in diesem Jahr konnten nicht in allen ehemaligen Speziallagern die üblichen Gedenkveranstaltungen durchgeführt werden.
In Jamlitz fand am 11. September das Gedenken mit vielen Personen statt.

Gedenkkreuz in Jamlitz Foto: UOKG

Die Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen begann am 23. Oktober 2021 ihr 30-jährigen Bestehen, welches sich wie immer sehr großen Zulauf erfreute. Neben dem Gedenken an der Mahn- und Gedenkstätte gab es ein großes Wohltätigkeitskonzert.

Wohltätigkeitskonzert in der Konzertkirche Neubrandenburg. Foto: UOKG

Auch in Sachsenhausen und Mühlberg fanden Gedenkveranstaltungen statt.
Die UOKG war überall vertreten und legte Kränze nieder. (BB)

Aus den Verbänden

70 Jahre Hoheneck

Der Zellentrakt in Hoheneck. Foto: UOKG

Über 70 Jahre sind vergangen. Für die wenigen noch unter uns weilenden betroffenen Frauen ist es so, als wäre es gestern geschehen. Hungernd und frierend kamen 1119 Frauen und 33 Kinder aus sowjetischen Speziallagern in Viehwaggons im Winter 1950 nach Hoheneck. Viele Frauen hofften unter deutscher Gefängnisgewalt auf Überprüfung ihrer Unrechtsurteile. Welch Riesenirrtum! Bei der um ein Jahr verschobenen Gedenkveranstaltung vom 24. bis 26. September 2021 hielten mehrere Persönlichkeiten Grußworte. Ein Einführungsvortrag erinnerte an das damals Geschehene. Im Podiumsgespräch berichtete eine 90-jährige Zeitzeugin vom Transport und eine jüngere Zeitzeugin erzählte vom "Verschlafen" des Mauerfalls 1989 als Häftling. Schülerinnen und Schülern des Stollberger "Carl von Bach" Gymnasiums hatten viele Fragen an die Zeitzeuginnen. Sie bemängelten, während ihrer Schulzeit nichts über das Frauengefängnis erfahren zu haben. Unter reger Publikumsteilnahme wurde diskutiert.

Am Gedenkstein vor dem Gefängnis legten wir Kränze nieder, erinnerten an die Qualen der damals in der DDR politisch verfolgten und inhaftierten Frauen und grüßten die heute noch lebenden betroffenen Frauen in aller Welt.

Sonntag luden wir im Eingangsbereich des ehemaligen Gefängnisses zum Bürgertalk ein. Viele Interessierte kamen. Leider hatte niemand vom ehemaligen Wachpersonal den Mut, unser Gesprächsangebot anzunehmen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fanden die Gedenkveranstaltung gelungen und fordern die Errichtung einer würdigen Gedenkstätte.

Annemarie Krause, die 90-jährige Zeitzeugin. Foto: Frauenforum

(Carla Ottmann und Konstanze Helber)

Aktion „Festigung“

Foto: Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Magdeburg e.V.

Mit dem 3. Oktober verbinden wir alle den Jahrestag der Deutschen Einheit. Der 3. Oktober ist aber auch der Jahrestag der zweiten Zwangsaussiedlungsaktion im Jahr 1961, die unter dem Namen „Festigung“ durchgeführt wurde.

Die UOKG hat zum 60. Jahrestag der Aktion „Festigung“ am 12. Oktober 2021 in Marienborn gemeinsam mit der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn mit der Veranstaltung "Zwangsausgesiedelt an der innerdeutschen Grenze - Vergessene Schicksale, verwehrte Entschädigung?" an das bis heute fortwirkende Leid gesamter Familien, die immer noch keine Entschädigung für das erlittene Vertreibungsunrecht erhalten haben, erinnert. Nachzuschauen auf unserem YouTube-Kanal UOKGNews. (BB)

Der Zwangsaussiedlungsexperte Rainer Potratz. Foto: Gedenkstätte Marienborn

VOS wählt neuen Bundesvorstand

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) hat vom 22. bis zum 24. Oktober 2021 in Friedrichroda (Thüringen) ihre 32. Generalversammlung abgehalten. Zum Bundesvorsitzenden wurde Hugo Diederich, der selbst 1986/87 für elf Monate in politischer DDR-Haft war, gewählt.

Felix Heinz Holtschke und May-Britt Krüger wurden zu seinen Stellvertretern ernannt. (BB)

Gruppenfoto der Teilnehmer. Foto: VOS

Kurz erzählt

8,1 Millionen für Tesla

Im August wurde bekannt, dass das Land Brandenburg mit dem großen Teil der ihr zur Verfügung stehenden Mitteln aus den PMO-Geldern ausgerechnet Tesla, dessen Besitzer Elon Musk aktuell der reichste Mensch der Welt ist (Stand November 2021), für Aufwendungen der Ausgleichsmaßnahmen für den Bau der Tesla-Fabrik zur Verfügung gestellt hat.

„Der Bau der Tesla-Fabrik ist ein Gewinn für die Region und auch für den technologischen Fortschritt in Deutschland. Dennoch bleibt die Frage, warum die Landesregierung Brandenburg den drittreichsten Mann der Welt (der Stand August 2021) mit Mitteln der ehemaligen Parteien und Massenorganisationen der DDR unterstützen muss. Richtig ist, dass auch Infrastrukturprojekte aus diesen Mitteln unterstützt werden können. Zur Infrastruktur gehören aber auch“, so Dombrowski: „Schulen, Seniorenheime, Kindertagesstätten und nicht zuletzt die Gedenkstätten für die Opfer der SED-Diktatur. Hier aber hält sich die Landesregierung auffällig zurück. Dies ist ein denkbar schlechtes Zeichen für die Menschen, die Opfer der SED-Diktatur geworden sind.“ (BB)

Ehemaliges DDR-Frauengefängnis

Am 7. Oktober 2021 wurde eine barrierefreie Informationstafel für das DDR-Frauengefängnis in der Grünauer Straße, Berlin-Köpenick eingeweiht.
So kamen die Verantwortlichen für die Projektdurchführung, politische Vertreter auf Landes- wie Bezirksebene und der Initiator Dieter Gollnick, um die Tafel zu enthüllen. Die von Sandra Czech erarbeitete und vom Land Berlin geförderte Tafel gibt Auskunft über die Haftbedingungen der Insassinnen und deren Arbeitseinsatz im VEB Rewatex. (BB)

Staatssekretär Dr. Wöhlert, Bezirksbürgermeister Oliver Igel, Dieter Gollnick, links am Rand Dr. Helge Heidemeyer
Foto: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

SED-Opferbeauftragte

Evelyn Zupke mit Dieter Dombrowski. Foto: UOKG

Gleich am ersten Tag ihres Amtsantritts am 17. Juni 2021 besuchte die Bundesbeauftragte für die SED-Opfer beim Deutschen Bundestag die Geschäftsstelle der UOKG.

Nachdem Frau Zupke die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die entsprechenden Räumlichkeiten vorgestellt wurden, gab es einen sehr konstruktiven Austausch mit dem gesamten Vorstand. Dabei wurde eine enge Zusammenarbeit im Interesse der Opfer von SED und SBZ vereinbart. (BB)

Landtag Brandenburg

Im Widerspruch zu der Aktion mit Tesla oder vielleicht auch gerade deswegen steht der Beschluss des Landtages Brandenburg vom 25. August 2021 (Drs. 7/4017) zum 60. Jahrestag des Mauerbaus.

Innenhof mit Haupteingang des Landtagsgebäudes
Foto: Landtag Brandenburg/Stefan Gloede

Darin bekräftigt der Landtag seinen Willen und die Bereitschaft, sich auch drei Jahrzehnte nach dem Ende der SED-Diktatur für die Belange der Betroffenen einzusetzen. Zudem wird die Landesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel u.a. aufgefordert, sich für eine angemessene Entschädigung der politischen Häftlinge, die zur Zwangsarbeit verpflichtet wurden, sowie von „Zwangsausgesiedelten“ einzusetzen. Zudem soll die Landesregierung die Einrichtung eines Härtefallfonds auf Bundesebene eindringlich unterstützen und sich für die Entwicklung von Initiativen für niedrigschwellige und regional erreichbare Angebote der Traumaberatung einsetzen.

Ob für all das noch genügend Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, ist abzuwarten. Die 8,1 Millionen für Tesla hätten dabei sicherlich geholfen. (BB)

Informationen

Mitgliedsverbände der UOKG

- Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen
- Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V.
- Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedlungen (AIZ)
- Bund der Stalinistisch Verfolgten – Landesverband Berlin
- Bund der Vertriebenen e.V.
- Cottbuser Häftlingsgemeinschaft
- DDR-Museum in Pforzheim
- Doping-Opfer-Hilfe e.V.
- Durchgangsheim Kindergefängnis Bad Freienwalde n.e.V.
- Fördergemeinschaft Recht & Eigentum e.V.
- Förderverein Gedenkstätte Bautzen e.V.
- Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR Diktatur e.V.
- Forum zur Aufklärung und Erneuerung e.V.
- Freiheit e.V. Erfurt
- Gedenk– und Begegnungsstätte ehem. KGB-Gefängnis Potsdam e.V.
- Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus Berlin
- Initiative verfolgter Schüler und Studenten (Berlin)
- Initiativgruppe „Lager X Berlin-Hohenschönhausen“
- Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e.V.
- Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e.V.
- Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V.
- Initiativgruppe NKWD-Lager TOST/ Oberschlesien 1945
- Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. (IEDF)
- Interessengemeinschaft ehemaliger politischer Brandenburger Häftlinge 1945–1989
- Interessengemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen
- Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter Sachsen-Anhalt e.V.
- Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e.V. (IGFM)
- Lagergemeinschaft Workuta /GULag Sowjetunion
- Menschenrechtszentrum Cottbus
- OvZ-DDR e.V. Hilfe für Opfer von DDR-Zwangsadoptionen
- Pro Universitätskirche e.V., Leipzig
- Süddeutscher Freundeskreis Hoheneckerinnen
- Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)
- Verband politisch Verfolgter des Kommunismus e.V. (VPVDK) Salzgitter
- Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstrasse 54“ e.V. Potsdam
- VOK Deutschland e.V. – Vereinigung der Opfer des Kommunismus
- VOS Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.

Assoziierte:

- Ehemalige politische Häftlinge in der CDU
- Ehemalige politische Häftlinge in der SPD

Kontaktdaten

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Ruschestr. 103, Haus 1, 6. Etage
10365 Berlin Lichtenberg

Tel.: 030 55 77 93 51
Fax: 030 55 77 93 40
E-Mail: info@uokg.de

Spendenkonto
Deutsche Bank Berlin
IBAN: DE79 1007 0024 0734 27 28 00
BIC: DEUTDEDBBER
für: UOKG e.V.

Facebook

Sie uns auch über Facebook unter:
https://facebook.com/UOKGeV/

Mitglied werden...

Mitglied kann jede Körperschaft oder Vereinigung werden, die sich den satzungsgemäßen Intentionen der UOKG verpflichtet und deren Zweck auf die in der Satzung genannten Aufgaben gerichtet ist.

Die UOKG in Ihrer Nähe

Unsere Regionalbeauftragten

Baden-Württemberg: Konstanze Helber
helber@uokg.de

Bayern: Dr. Michael Gleau
gleau@uokg.de

Berlin: Anita Goßler
über info@uokg.de

Brandenburg: Dr. Richard Buchner
buchner@uokg.de

Niedersachsen: info@uokg.de

Norddeutschland: Michael M. Schulz
schulz@uokg.de

Nordrhein-Westfalen: Dr. Christian Fuchs
fuchs@uokg.de

Rheinland-Pfalz: Elke Schlegel
schlegel@uokg.de

Sachsen: Peter-Christian Bürger
buerger@uokg.de

Südwestdeutschland: info@uokg.de

Thüringen und Sachsen-Anhalt:

Klaus Wolf: wolf@uokg.de

Kompetente Leitung

Im Vorstand haben SED-Opfer stets eine Mehrheit

Bundesvorsitzender:
Dieter Dombrowski
dombrowski@uokg.de
Stellvertreter: Roland J. Lange
andreas37@uokg.de

Stellvertreterin: Carla Ottmann
ottmann@uokg.de

Ehrenvorsitzende:

Horst Schüler (†), Gerhard Finn (†)

Beisitzer:

Inge Bennewitz
bennewitz@uokg.de

Konstanze Helber
helber@uokg.de

Sybille Krägel
kraegel@uokg.de

Ernst-Otto Schönemann
schoenemann@uokg.de

Kurz erzählt/Impressum

Förderhinweis

Dieser Newsletter wurde gefördert von der Staatsministerin für Kultur und Medien, Prof. Monika Grütters.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

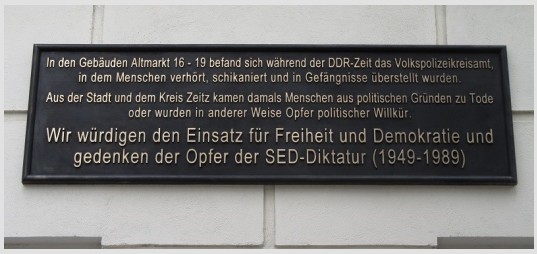
NEU START KULTUR

Gedenktafel für SED-Opfer in Zeitz

In Zeitz wurde 11. September 2021 unter Beteiligung u.a. von dem Oberbürgermeister der Stadt Zeitz, Christian Thieme, der Landesbeauftragten von Sachsen-Anhalt, Birgit Neumann-Becker, Dieter Dombrowski und Landrat Götz Ulrich feierlich am Zeitzer Altmarkt die "Gedenktafel für die Opfer der SED-Diktatur" eingeweiht.

V.r.n.l.: Oberbürgermeister Christian Thieme, Dieter Dombrowski, Birgit Neumann-Becker und Dr. Oskar Schmidt. Foto: OS.9731

Dies ist dem unermüdlichen Einsatz der Initiatoren rund um Dr. Oskar Schmidt zu verdanken, die sich schon seit 1992 darum bemühten.



Gedenktafel am Gewandhaus in Zeitz. Foto: OS.9797

Der Stadtrat hatte sich bis heute immer wieder gegen eine Gedenktafel ausgesprochen. Finanziert wurde die Bronzetafel des Schmiedemeisters Kai-Uwe Schmidt durch Spenden der sechs Antragsteller und der Bevölkerung sowie durch einen Zuschuss des Landes. (BB)

Bundeskongress der Landesbeauftragten

Die Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Wiedervereinigung fanden dieses Jahr in Halle an der Saale statt. Christian Sachse besuchte als Vertreter der UOKG das nun unter Obhut des Bundesarchivs befindliche Stasi-Unterlagen-Archiv in Halle. Dort sind die Zeichen auf Zukunft gestellt. Die Akten sollen in mittlerer Perspektive in den umgebauten „Roten Ochsen“ ziehen, also vom Stadtrand in die Mitte der Stadt. Die Rekonstruktion, wenn auch bis dato per Hand, der vorvernichteten Akten geht in Halle weiter. Insgesamt ermutigende Töne, wenn auch eher vom Rand der Feierlichkeiten. Wie schon im vergangenen Jahr zählte die UOKG nicht zum durch Corona reduzierten Gästekreis der Protokollveranstaltung. Die Opfer scheinen nicht so wichtig zu sein an diesem Tag!? (C. Sachse)

Das ehemalige Hauptgebäude der Bezirksverwaltung Halle. Foto: UOKG

UOKG auf YouTube

Seit September letzten Jahres verfügt die UOKG über einen eigenen YouTube-Kanal. Suchen Sie einfach bei YouTube nach UOKGNews. Links sehen Sie das dazugehörige Logo. Darauf können Sie nicht nur Veranstaltungen, wie das Tribunal Cottbus, den Bundesweiten Frauenkongress oder den Festakt zu 30 Jahre UOKG nachschauen, auch gibt es dort zusätzliche Angebote, wie einen Imagefilm über die UOKG.
Wir freuen uns auf Ihren Besuch! (BB)

Impressum

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Geschäftsstelle der UOKG. Die UOKG informiert damit ihre Mitgliedsverbände und alle interessierten Leser.
Redaktion dieser Ausgabe: Benjamin Baumgart — Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 8. November 2021
Copyright 2021 bei der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)